

Endstation Frust und Wut

Mit Nein stimmen & aktiv werden!

„Knapp an 12 Prozent vorbei“, spottete ein Kollege über den vorläufigen Abschluss bitterböse. Verständlich, nachdem eine übergroße Mehrheit der KollegInnen eine hohe Kampfbereitschaft gezeigt hat und wesentlich mehr drin gewesen ist als die kaum drei Prozent für „Altbeschäftigte“ und etwa fünf Prozent für „Neue“ bei einer zweijährigen Laufzeit. Das kompensiert nicht mal die vergangenen Preissteigerungen. Im Vergleich zum Potsdamer Abschluss im Öffentlichen Dienst ist das nicht mal die Hälfte der Lohnerhöhungen.

Die Bedingungen für die Durchsetzung höherer Löhne, besserer Arbeitsbedingungen und die Angleichung zwischen BVG und BT waren sehr günstig. Die Stimmung in der Bevölkerung war und ist für eine Ende des Lohnverzichts und der Mehrarbeit. Viele von Ihnen befinden sich selber noch in Tarifausinandersetzungen und hätten es sehr Gut gefunden, wenn ver.di alle gemeinsam zu Streiks und Protesten mobilisiert hätte, anstatt jede Beschäftigungsgruppe für sich allein kämpfen und verlieren zu lassen.

Das die Medien mehr oder weniger

gegen uns waren ist nicht überraschend. Schlimm ist, dass die ver.di-Führung dem Nichts entgegengesetzt hat. Erst *nach* den Vollstreik wurde eine ver.di-"Publik" herausgebracht.

Nach dem willkürlichen Abbruch des Streikes, obwohl die Streikfront stand, und dem Verzicht auf die Forderungen von acht bis zwölf Prozent Lohnerhöhung, mindestens jedoch 250 Euro pro Monat und einer Laufzeit von einem Jahr, war die Luft bei vielen raus.

Das Fallenlassen der Forderungen und der Streikabbruch erfolgte ohne die geringste Gegenleistung der Arbeitgeber. Nicht mal ein Verhandlungsangebot lag vor. Es wurden alle Trümpfe einfach hin geschmissen, anstatt sie auszuspielen.

„ver.di geht betteln“, kommentierte ein gewerkschaftsfreundlicher Redakteur dieses klägliche Handeln treffend.

Kurz vor dem Streikabbruch gab es endlich die von vielen geforderte Demonstration, von der nicht wenige KollegInnen leider erst im Nachhinein erfuhren, und auf der Frank Bäsler auf die Rufe nach einer Demo zum Roten Rathaus antwortete: „Das kommt noch“. Gekommen ist der Streikabbruch, gleich am nächsten Tag.

Druck auf die Senatsparteien, die ständig soziale Gerechtigkeit postulieren, kam von der ver.di-Führung weniger als zaghaft. Gerade das hätte den Senat in Schwierigkeiten gebracht.

Dieser Streik hat einmal mehr gezeigt, dass wir sowohl eine streitbare und



mitgliedernahe Gewerkschaft, aber auch eine Partei brauchen, die für unsere Interessen eintritt. Das Modell der Berliner Partei „Die Linke“ taugt dafür jedenfalls nicht, geschweige denn die SPD oder die anderen Parlamentsparteien.

Fresst den Frust und die Wut nicht in Euch rein und tretet nicht aus ver.di aus, sondern bringt euch ein im Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di. Lasst uns gemeinsam über das "Wie weiter" diskutieren und für Solidarität und Gegengewehr eintreten.

Nutzt die Urabstimmung um euren Unmut über das Ergebnis zum Ausdruck zu bringen. Wenn die Mehrheit diesen Tarifvertrag ablehnt, fordern wir ver.di auf, ihn nicht zu unterschreiben. Dass die Zustimmung von nur 25 Prozent der Mitglieder ausreichend, um das Ergebnis für alle als wirksam zu erklären, ist undemokratisch. Wir fordern die Heraufsetzung des Quorums auf 50 Prozent.

Für dieses Ergebnis haben wir nicht gekämpft - deshalb: stimmt mit NEIN!



Kommt zu unserem bundesweiten Treffen am 24. Mai in Kassel (Einladung siehe www.netzwerk-verdi.de) und zu unserem nächstem Berliner Treffen am

Dienstag, 17. Juni 08, 18 Uhr

im Foyer der ver.di-Bundeszentrale am Paul-Thiede Ufer, nahe Ostbahnhof oder nehmt Kontakt zu uns auf: berlin@netzwerk-verdi.de / 0178 7 24 24 42

Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Infos, Kontakt und ViSDP: Stephan Kimmerle, Friedrichsberger Str. 4, 10243 Berlin, 0178 7 24 24 42, berlin@netzwerk-verdi.de

www.netzwerk-verdi.de